



BERLINER

EINBLICKE #98

FÜR KÖLN, FÜR SIE.

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kölner Süden und Westen informiert

Anfang Februar 2021

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

Die CDU hat gewählt, und sie scheint gut gewählt zu haben: Nach der Wahl Armin Laschets zu unserem neuen Parteivorsitzenden trauen die mit Abstand meisten Wahlberechtigten (42 Prozent) der Union zu, mit den Problemen in Deutschland am besten fertig zu werden. Dahinter folgen weit abgeschlagen die SPD (fünf Prozent), und die Grünen (vier Prozent). 44 Prozent trauen keiner Partei politische Kompetenz zu, daran müssen wir arbeiten! Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger ist unser wichtigstes politisches Kapital. In einer Jahrhundert-Pandemie müssen daher alle Verantwortlichen in Gemeinden, Ländern, Bund und Europäischer Union an einem Strang ziehen. Bei allen Schwierigkeiten, die diese Abstimmung mit sich bringt, dürfen wir das Ziel nie aus dem Blick verlieren: Es geht darum, Menschenleben zu schützen und die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise soweit wie möglich abzumildern. Wir wollen, dass Deutschland zügig und mit Schwung aus der Krise kommt. Dafür brauchen wir ein konstruktives Miteinander auf allen Ebenen. Das ist nicht immer einfach – hier ist immer Luft nach oben, noch besser zu werden.

Die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag steht für die Bereitschaft, auch in schwierigen Zeiten Verantwortung für unser Land zu übernehmen. Wir wirken mit 246 Abgeordneten in den Wahlkreisen, wir führen Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmern, in Schulen, bei Gesundheitsämtern und Vereinen, mit den Medien, wir diskutieren in den eigenen Familien, mit Verwandten, Freunden und Bekannten. Die Kommunikation in die Breite der Gesellschaft ist eine unserer großen Stärken. In dieser Woche verlängern wir beispielsweise noch einmal die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht für die Unternehmen, die noch auf die Auszahlung der Novemberhilfen warten. In zahllosen Gesprächen habe ich mit Unternehmen in Lindenthal und Rodenkirchen beispielsweise über die problematische Lage der Geschäftsführer diskutiert und Unterstützungsmög-



Armin Laschet, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, führt nun als Parteivorsitzender auch die CDU Deutschlands.

lichkeiten ausgelotet. Eng vernetzt habe ich mich auch mit dem Wirtschaftsrat der CDU, in dem uns Unternehmen aus ganz Deutschland die praktischen Folgen unserer Entscheidungen widerspiegeln. Die Mittelstandsunion in Köln macht derzeit einen klasse Job und kämpft für unsere so wichtige lokale Wirtschaft, auf die Beiträge aus ihrer Mitte möchte ich für meine Arbeit nicht verzichten. Gemeinsam ist es uns gelungen, mit der Klarstellung des § 313 BGB den Gewerbemietern ganz konkret den Rücken zu stärken.

Auch in dieser Woche bringen wir als CDU und CSU konkrete Verbesserungsvorschläge aus diesen Gesprächen vor Ort mit in die Sitzungswochen in Berlin. Unserer Führungsverantwortung als größte Fraktion im Deutschen Bundestag gerecht zu werden, heißt zweierlei: Dort, wo es nötig ist, nachsteuern. Probleme müssen offen benannt und angegangen werden. Gleichzeitig wollen wir aber auch dafür sorgen, dass die Menschen in der Krise ihre Zuversicht und ihren Optimismus nicht verlieren. Zusammenarbeit und Zusammenhalt beweisen sich gerade in schwierigen Zeiten.

Ihr 

Das Thema

Mit aller Kraft gegen die Krise – Anpassungen des Insolvenzrechts

Das Insolvenzrecht im Scheinwerferlicht - wir haben es an dieser Stelle schon öfter geschrieben, aber in der Pandemie „erfreut“ sich das Insolvenzrecht einer ungewohnten Aufmerksamkeit. Erst jüngst verarbeitete der Deutschlandfunk in einem ausführlichen Beitrag die aktuelle Situation der deutschen Wirtschaft und die Folgen für mögliche Insolvenzen. Was auch dort klar wurde, die Lage ist unübersichtlich. Auch in dieser Sitzungswoche reagieren wir als Große Koalition auf die verlängerten Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie, um die Unternehmen in unserem Land bestmöglich zu unterstützen. Daher zur Aufklärung:

Die Insolvenzantragspflicht gilt wieder im Grundsatz uneingeschränkt: Geschäftsführer haften wie üblich dafür, die insolvenzrechtlich gebotenen Schritte im Falle der Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit einzuleiten. Die Strafbarkeit durch Eingehungsbetrug, weil man seinem Geschäftspartner wider besseres Wissen vorspiegelt, zahlungsfähig zu sein, war noch nie von der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht berührt und ist es auch jetzt nicht.

Nun hat der Deutsche Bundestag ergänzend die Verlängerung der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht nur (!) für die Schuldner beschlossen, die einen Anspruch auf finanzielle Hilfen aus den aufgelegten Corona-Hilfsprogrammen haben und deren Auszahlung noch aussteht. Die Voraussetzung hierfür ist grundsätzlich, dass die Hilfe bis zum 28. Februar 2021 beantragt wird und die erlangbare Hilfeleistung zur Beseitigung der Insolvenzureife geeignet ist. Und unverändert gilt: Die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht gilt nur, wenn die Krise pandemiebedingt ist, mit einer Auszahlung der Hilfen zu rechnen

ist und hierdurch eine Überlebenschance für das Unternehmen besteht.

Einige Tage vor der Entscheidung im Plenum äußerten sich Sachverständige in einer öffentlichen Anhörung zu dieser Frage. Die erneute Aussetzung der Insolvenzantragspflicht wurde grundsätzlich von den Sachverständigen gelobt. Die Regelung dürfe allerdings nicht den Blick dafür verstellen, dass die Unternehmen dringend Liquidität benötigten. Ohne zusätzliche Liquidität hilft auch die Aussetzung nicht. Zuspruch von den Experten erhielt Heribert Hirte für seine Idee des „Winterschlafverfahrens“; dieses sieht unter anderem eine Anpassung und Vereinfachung des sog. Schutzschirmverfahrens vor. Auf diese Weise könnten „Krisenunternehmen“ vor Vollstreckung geschützt und grundsätzlich funktionierende Geschäftsmodelle erst aus dem Markt und nach der Krise wieder in den Markt gesetzt werden.

Mit diesen Maßnahmen stellen sich die Rechtspolitiker der Unionsfraktion auch ausdrücklich an die Seite betroffener Unternehmen, wie Heribert Hirte in dieser Woche auch im Plenum betonte: „Hat ein Unternehmen eine zukunftsfähige Idee und leidet nur unter dieser besonderen Situation, dann ist es richtig, dass wir alles unternehmen, diese Unternehmen vor einer Insolvenz zu bewahren“. Aber auch in dieser Phase sei es wichtig, verantwortungsvoll mit Steuergeld umzugehen. So wies Hirte in seiner Rede



Für Unternehmen, die noch auf die Auszahlung der verschiedenen staatlichen Corona-Hilfsprogramme warten, bleibt die Insolvenzantragspflicht ausgesetzt.

auch darauf hin, dass beispielsweise bei der Insolvenz von Galeria Kaufhof Karstadt (GKK) genau zu prüfen sei, ob die Vorwürfe zuträfen, dass eine Insolvenz hier bereits vor der Krise vorlag.

Für die gesamte Wirtschaft ist es aber nun wichtig, dass auch die verschiedenen staatlichen Hilfen fließen. Zu lange haben Zahlungsmodalitäten und das notwendige europäische Beihilfeverfahren für Verzögerungen gesorgt. Daher stellte Bundeswirtschaftsminister Altmaier in einer Fragestunde im Deutschen Bundestag auch in dieser Woche für sein Ressort klar, dass alles getan werde, um eine zügige Auszahlung zu ermöglichen: „Ich kann allen Betroffenen, die auf diese Hilfen warten, versichern von dieser Stelle aus, dass wir alles tun, damit es so schnell wie möglich und so wirksam wie möglich bei den Menschen ankommt.“ So greifen Wirtschaftspolitik und das Insolvenzrecht Hand in Hand, und die insolvenzrechtlichen Themen von Heribert Hirte und seinen Kollegen in den anderen Fraktionen stehen im Zentrum der Krisenbekämpfung während dieser Pandemie.



In der vergangenen Woche beging das deutsche Parlament den Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus. In jedem Jahr blickt der Bundestag auf eine andere Nuance der Menschheitsverbrechen, die die Nationalsozialisten und ihre Unterstützer in unserem Land

ist kein Ritual. Sie ist ein Weg, sich im Bewusstsein um die eigene Verantwortung als Gesellschaft und als Land weiterzuentwickeln - so schwer es angesichts dieser Verbrechen auch erscheinen mag.

begangen haben. In diesem Jahr stand erneut das größte Gräueltat der Jahre 1933 bis 1945 im Mittelpunkt, die Shoah, der Holocaust an der jüdischen Bevölkerung. Bis heute gibt es Widerstand gegen die Kultur der Erinnerung, die sich die Bundesrepublik als quasi Staatsziel verordnet hat. Doch mit dem diesjährigen Thema der Gedenkstunde wird es regelrecht mit den Händen greifbar, warum es so wichtig ist, sich zu erinnern, nachzuforschen, zuzuhören und zu lernen. „321 bis 2021 - 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ soll verdeutlichen, wie tief der Zivilisationsbruch in die gesamte Gesellschaft schnitt. Die jüdische Kultur hat Deutschland wesentlich geprägt und mit der Gedenkstunde in diesem Jahr kam das Parlament nicht nur der Verantwortung gegenüber den Opfern der Shoah nach, sondern stellte auch die Frage: Wie ist es um das jüdische Leben in Deutschland im Jahr 2021 bestellt? Erinnern, zuhören, sich selbst überdenken, Fragen stellen und gemeinsam Antworten suchen - all das zeigt, Erinnerungskultur

Rundblick

In der neuesten Ausgabe der Wochenzeitschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht und Arbeitsrecht „DER BETRIEB“ beschrieb Christopher Danwerth im Rückblick Heribert Hirtes Vorstöße, die Aktionärsrechte innerhalb der digitalen Hauptversammlung zu stärken (Ausgabe 4/2021, S. 159 - 162)

Die Kölnerin Nahid Taghavi ist seit über 100 Tagen im Iran in Gefangenschaft. Seit ihrer Festnahme am 16. Oktober 2020 wird Taghavi dort willkürlich festgehalten. Der Express berichtete von den jüngsten Kontakt von Taghavi mit ihren Brüdern und Schwestern und den Einsatz von Heribert Hirte, der als politischer Pate um die Freiheit der Kölner Architektin kämpft. [Hier können Sie den Artikel lesen.](#)

Das Unternehmen Galeria Kaufhof Karstadt (GKK) hat Insolvenz angemeldet. Kritiker hinterfragen, ob die Insolvenz tatsächlich Umsatzeinbußen durch die Corona-Pandemie zuzurechnen ist. Die Süddeutsche Zeitung greift Heribert Hirtes Wortmeldung [in dem Artikel „Glück hier, Pech da“](#) auf, der die sogenannte Vermutungswirkung erklärte: „Dass es den Versuch von Mitnahmen geben würde, war klar; das bringen unbürokratische Lösungen mit sich.“ Die Vermutungswirkung besagt, dass Gerichte seit dem 1.1.2020 unterstellen, dass Insolvenzen corona-bedingt begründet werden.

Auch die Welt am Sonntag machte mit dem Artikel „Als Geisel im Iran“ auf das Schicksal von Nahid Taghavi aufmerksam. Hirte betont in der WamS erneuert, dass er den Umgang

der iranischen Regierung mit Nahid Taghavi für eindeutig rechtswidrig hält: „Die iranischen Behörden und die Verantwortlichen im Evin-Gefängnis verstoßen klar gegen internationale Rechtsstandards wie zum Beispiel die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, an die sich auch der Iran durch Unterschrift gebunden hat.“ (nur im Print, WamS 31.01.2021, S. 7)

Kurz informiert

Rede von Heribert Hirte

Im Plenum des Deutschen Bundestages stellte Heribert Hirte in der vergangenen Sitzungswoche klar: „Wir als Regierungskoalition stehen an der Seite unserer Unternehmen.“ Deswegen warb Hirte für die Verlängerung der erneuten Aussetzung der Insolvenzantragspflicht - aber nur für die Unternehmen, die noch auf die Auszahlung der Novemberhilfen warten und eine positive Fortführungsprognose haben. Hirte im Anschluss an seine Rede: „So sichern wir ab, dass es keine Ansteckung von Zahlungsproblemen zwischen den Unternehmen gibt.“ Seine weiteren Aussagen beispielsweise zur Debatte um das Fiskus-Privileg in diesem Zusammenhang sehen Sie in seiner vollständigen Rede, [die Sie hier finden](#).

Im Gespräch mit Unternehmen – was folgt auf das StaRUG?

Deutschland im Lockdown – Implikationen für das Insolvenz- und Sanierungsrecht – diese große Frage stand im Mittelpunkt zweier Fachgespräche, an denen Heribert Hirte in der letzten Sitzungswoche teilnahm. Die weltweite Corona-Pandemie stellt die unternehmerische Wirtschaft vor historische Herausforderungen. Zahlreiche Unternehmen stehen aufgrund einer coronabedingten Liquiditätskrise vor einer existenzbedrohenden Situation. Die Bundesregierung hat daher - neben der Bereitstellung von Corona-Hilfen - einen außergerichtlichen Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen (StaRUG) geschaffen, um für Unternehmen, die mit den Folgewirkungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu kämpfen haben, eine vorinsolvenzrechtliche Sanierungsoption bereitzustellen. In zwei Videokonferenzen besprach Heribert Hirte als Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion explizit den verbliebenen Handlungsbedarf und



die aktuellen Entwicklungen im Insolvenz- und Sanierungsrecht mit dem Wirtschaftsrat der CDU Deutschland und mit TMA (Gesellschaft für Restrukturierung – TMA Deutschland e.V.). Austausch mit Unternehmern und Fachanwälten aus der Praxis – mit solchem Input versucht Hirte, praxisnahe und fundierte Politik von der lokalen Ebene vor Ort mit internationaler Perspektive in den Gesetzgebungsprozess zu tragen.

Bahnverbindung Berlin - Paris

Um das Thema „Mobilität“ kreiste die jüngste Sitzung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung. Eröffnet wurde die Sitzung am 22. Januar von den beiden Parlamentspräsidenten Wolfgang Schäuble (CDU/CSU) und Richard Ferrand (LaREM). Unter dem Vorsitz der Vorstandsvorsitzenden der DFPV, Andreas Jung (CDU/CSU) und Christophe Arend (LaREM), sprachen sich die jeweils 50 deutschen und französischen Abgeordneten zur Bekämpfung von Corona mit großer Mehrheit für europäisch abgestimmte Regelungen aus. Mit konkreten Vorschlägen, wie etwa der Verknüpfung der nationalen Corona-Warn-Apps im europäischen Kontext, fordern sie deutliche Verbesserungen in der deutsch-französischen und europäischen Zusammenarbeit. „Wir brauchen gemeinsame Strategien und europäische Konsequenz statt harter Grenzsicherungen. Der Alltag ist grenzüberschreitend,

deshalb müssen das auch die Maßnahmen sein. Zudem plädieren die Abgeordneten dafür, dass schon jetzt die Weichen für nachhaltiges Wachstum in Europa auf dem Weg aus der Krise gestellt werden. So sollen gemeinsame Projekte mit europäischem Mehrwert, wie etwa der Ausbau der Bahnverbindung Berlin-Paris umgesetzt werden.

Für eine Befragung zur deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Verkehrspolitik stand den Abgeordneten Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer Rede und Antwort. Der Minister betonte, der Ausbau europäischer Verkehrsverbindungen stehe besonders im Fokus. Bei ihrer Sitzung im September 2020 hatten sich die Mitglieder der DFPV mit großer Mehrheit für eine bessere Verbindung zwischen den beiden Hauptstädten ausgesprochen. „Es handelt sich um ein europäisches Leuchtturmprojekt der nachhaltigen Mobilität, das die Menschen in unseren Ländern noch enger zusammenbringen wird“, so Christophe Arend. Im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft in der EU wurde der Vorschlag aufgegriffen: Ende September regte Minister Scheuer mit seinen europäischen Amtskollegen den Trans Europe Express 2.0 an. Mit der Umsetzung habe man schon im Dezember begonnen. „Gerade im europäischen Jahr der Schiene 2021 wollen wir hier weitere Fortschritte machen“, so Scheuer. Besonders wichtig sei ihm auch der Ausbau der grenzüberschreitenden

den Mobilität. Scheuer kündigte an, dass die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum Wiederaufbau der Bahnverbindung Freiburg-Colmar bis zum nächsten Jahr vorliegen sollen.

Schließlich verabschiedeten die Abgeordneten noch den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Digitale Innovationen und Künstliche Intelligenz“. In dem Bericht werden konkrete deutsch-französische Impulse für eine europäische Innovationsunion gefordert. So sollen die Zusammenarbeit in den Bereichen KI und Sprunginnovationen ausgebaut und beispielsweise digitale grenzüberschreitende Regionen als europäischer Leuchtturm geschaffen werden.

INSM – Freihandelsgespräch

Gemeinsam mit dem Außenwirtschaftsexperten des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft, Jürgen Matthes, diskutierte Heribert Hirte im Vorfeld der Amtseinführung von Joe Biden, was sich nun in Zukunft beim Thema

Welthandel mit einer neuen US-Administration verändern wird. Nachdem die US-Administration in den vergangenen vier Jahren die Handelspolitik unter dem Leitmotto: „America first“ betrieben hat, gilt es nun für die Vereinigten Staaten, wieder neue Konzepte zu erarbeiten. Für Hirte ist es nur sinnvoll, dass das transatlantische Bündnis erneuert wird. Insbesondere die Handelspolitik gegenüber China erfordere eine Kraftanstrengung, will man nicht nur beim Handel sondern auch im Bereich Menschenrechte Verbesserungen bewirken. [Hier können Sie das Gespräch noch einmal ansehen.](#)

Diskussion zum „Next Generation EU-Programm“

Die Corona-Krise reißt enorme Löcher in die Staatshaushalte aller europäischen Länder. Daher haben sich die Mitgliedsländer in der ersten Hälfte dieses Jahres auf das „Next Generation EU-Programm“ geeinigt. Der Recovery-Fonds – offiziell „Next Generati-

on EU“ – hat ein Volumen von 750 Milliarden Euro, welche die Kommission, stellvertretend für die EU, am Kapitalmarkt aufnehmen soll. Der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) umfasst 1.074,3 Milliarden Euro. Dabei kennzeichnen vor allem drei Punkte den jetzt vereinbarten MFR: Mehr Geld für die Digitalisierung, mehr Geld für den Green Deal, weniger Mittel für die beiden größten Ausgabenblöcke (Agrar und Kohäsion). Umstritten bei den Verhandlungen war insbesondere die sogenannte „Rechtsstaatsklausel“, die den Bezug von EU-Finanzmitteln von der Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien abhängig machen soll.

Welche Bedeutung dieses Programm aus verfassungsrechtlicher und ökonomischer Sicht hat, inwieweit es Veränderungen im System der gegenseitigen Mithaftung der Mitgliedsländer gibt, besprach Heribert Hirte in einer Expertenrunde mit Verfassungsrechtlern der Universität Bonn und der Technischen Universität Berlin.

Augenblick



Foto der Woche




Das Team von Heribert Hirte erinnerte am „Jahrestag“ an die Novellierung der gesetzlichen Regelungen der Organspende. Die Zahl der Organspenden sind seit den Neuerungen gestiegen. Derzeit arbeitet das Bundesministerium für Gesundheit an einem Organspenderegister, zahlreiche andere Schritte sollen zudem die Information und Aufklärung über die Organspende verbessern. Das Team von Hirte nutzte die Gelegenheit um eine Botschaft zu senden, nämlich selbst rechtzeitig eine Entscheidung zu treffen. Denn es gilt: Organspenden retten Leben. Bis das Online-Register entwickelt wurde ist der Organspendeausweis der einfachste Weg, die persönliche Entscheidung im Bezug auf die Organspende festzuhalten. [Mehr Informationen finden Sie hier.](#)

Kontakt

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 77830

Bürgerbüro:
Aachener Straße 227
50931 Köln
Tel.: 0221 / 589 86 762

E-Mail: heribert.hirte@bundestag.de

 [Facebook.de/HHirte](https://www.facebook.de/HHirte)  [@HHirte](https://twitter.com/HHirte)  www.heribert-hirte.de

Sie wollen den Newsletter nicht mehr erhalten? Teilen Sie uns dies gerne mit und wir löschen Ihre Daten umgehend aus dem Verteiler. Selbstverständlich behandeln wir Ihre Daten stets vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.